

Pressemitteilung der AfD-Kreistagsfraktion Konstanz

Betreff: AfD-Fraktion stellt klaren Antrag gegen Mobilitätspass als neue Zwangsabgabe – Verlässliche Positionierung vor der Landtagswahl

Datum: 10. Februar 2026

Die AfD-Fraktion im Konstanzer Kreistag hat heute einen offiziellen Antrag eingebracht, mit dem sich der Landkreis Konstanz verbindlich gegen die Einführung eines kreisweiten Mobilitätspasses aussprechen soll. Der Antrag wird in der nächsten öffentlichen Sitzung des Kreistags am 16.03.2026 beraten.

„Ein landkreisweiter Mobilitätspass wäre eine neue Zwangsabgabe, die jeden Bürger im Landkreis pauschal zur Kasse bitten würde, unabhängig davon, ob er Bus und Bahn nutzt oder nicht“,

erklärt Steffen Jahnke, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und AfD-Direktkandidat im Wahlkreis 56 (Konstanz) sowie Sprecher des AfD-Kreisverbandes Konstanz.

„In Zeiten explodierender Lebenshaltungskosten ist eine solche zusätzliche Zwangsabgabe unsozial und wirtschaftsschädlich. Es kann nicht sein, dass die Kaufkraft der Bürger weiter geschwächt wird, nur um ideologische Prestigeprojekte zu finanzieren.“

Der Antrag reagiert auf aktuelle Diskussionen in der Stadt Konstanz, wo FGL und Grüne einen städtischen Mobilitätspass vorantreiben wollen. Die AfD lehnt dies grundsätzlich auf Landkreisebene ab und fordert dahingehend eine klare Absichtserklärung des Kreistags.

„Besonders im ländlichen Raum ist ein attraktives ÖPNV-Angebot oft nicht vorhanden. Eine weitere Abgabe für eine unzureichende Gegenleistung zu erheben, widerspricht jedem Prinzip der Gleichberechtigung und der Fairness. So eine unsolidarische Umverteilungspolitik lehnen wir entschieden ab“,

so Jahnke.

„Statt neue Gebührenmodelle und Belastungen für die Bürger zu erfinden, muss der Landkreis vorhandene Mittel in die Sanierung von Straßen, Brücken und der allgemeinen Entlastung der Haushalte stecken.“

Die AfD im Landkreis positioniert sich damit bereits Wochen vor der Landtagswahl am 08. März 2026 als verlässliche Kraft gegen zusätzliche Abgaben und für die finanzielle Entlastung der Bürger.

„Wir stehen für mehr Freiheit, weniger staatliche Gängelung und eine Politik, die den Menschen dient, nicht umgekehrt“,

betont Jahnke.

Der Antrag wird von der AfD-Fraktion getragen und wurde heute dem Landrat vorgelegt.